

Russland und die Raketenabwehr

Wer spaltet wen?

Hannes Adomeit / Alexander Bitter

Die amerikanischen Pläne zum Aufbau einer Radarstation in Tschechien und einer Raketenabwehrstellung in Polen sind in Russland auf massive Kritik gestoßen. Sie werden dort als gegen das eigene Land gerichtet interpretiert. Derartige Vorhaben, warnte Präsident Putin auf der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik Anfang Februar 2007, würden »unvermeidlich zu einem Wettrüsten« führen. Der russische Generalstabschef und der Kommandeur der Rakentruppen drohten bereits, Moskau werde gegebenenfalls aus dem INF-Vertrag zur vollständigen Abrüstung nuklearer Mittelstreckenwaffen aussteigen. Sie warnten davor, dass Raketenabwehrstellungen in Polen, Tschechien »und anderen Ländern« zu »Zielen der strategischen Rakentruppen« der russischen Streitkräfte werden könnten. Doch ist diese Reaktion angemessen? Würden die russischen Nuklearstreitkräfte durch die Verwirklichung der amerikanischen Pläne tatsächlich beeinträchtigt? Wie ernst sind Moskaus Drohungen zu nehmen, was bezweckt der Kreml damit und wie sollten Deutschland und Europa darauf reagieren?

»Iran bedroht Europa nicht«, stellte Putin in München apodiktisch fest. Wie bereits in den Auseinandersetzungen um den Ausstieg der USA aus dem Vertrag über ballistische Raketen (ABM-Vertrag von 1972) am Ende der Ära Jelzin und zu Beginn der Amtszeit Putins mutmaßen hochrangige russische Politiker und Militärs, dass das global konzipierte strategische Abwehrsystem der USA sich gar nicht gegen »Schurkenstaaten« richte, sondern gegen Russland. Damit wären natürlich russische Sicherheitsinteressen tangiert. Am 19. Februar 2007 stellte der Kommandeur der Strategischen Rakentruppen, General Nikolaj Solowzow, fest, das amerikanische Programm zur

Raketenabwehr (vgl. SWP-Aktuell 20/07 »Raketenabwehr in und für Europa?«, März 2007) werde »zweifelloso das strategische Gleichgewicht beeinflussen«. Russland werde dadurch »gezwungen, Gegenmaßnahmen zu ergreifen«. Knapp einen Monat später, nachdem kontroverse Diskussionen um ein mögliches neues Wettrüsten aufgekommen waren, änderte sich die Interpretation. General Solowzow revidierte nun seine Bewertung und erklärte: »Die Stationierung von Elementen des amerikanischen Raketenabwehrsystems [in Polen und Tschechien] wird sich nicht wesentlich auf unsere strategischen Komponenten auswirken.« Diese Systemelemente »werden

nicht in der Lage sein, unsere ballistischen Interkontinentalraketen abzufangen.« Trotzdem wird in russischen Militär- und Sicherheitskreisen nach wie vor die Notwendigkeit von »Gegenmaßnahmen« postuliert.

Die Widersprüchlichkeit der Aussagen erfordert zunächst eine genaue Untersuchung des russischen nuklearen Arsenal und der geplanten Rüstungsvorhaben. Ferner wird im Folgenden aufgezeigt, welche politischen Ziele Russland mit seinem Vorgehen verfolgt und welche Implikationen dies für die deutsche und europäische Politik haben könnte.

Die Behauptung, der Aufbau eines amerikanischen Raketenabwehrschirms beeinträchtigt Moskaus nukleare Abschreckungsfähigkeit, lässt Russlands eigene Modernisierungsvorhaben – speziell im strategischen Bereich – unberücksichtigt. Nach einer Phase ökonomischer Schwäche nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der damit verbundenen massiven Reduzierung militärischer Fähigkeiten gibt es inzwischen deutliche Anzeichen dafür, dass die russischen Rüstungsanstrengungen wiederaufleben. Zwar wurde der Wirtschaft unter Putin – im Gegensatz zur Sowjet-Ära – bisher höhere Priorität eingeräumt als dem Militär. Die Erholung der Ökonomie und die enormen Einnahmen aus Energieexporten eröffnen jedoch Möglichkeiten, in den Rüstungssektor und die Modernisierung der Streitkräfte zu investieren. Tatsächlich haben sich die russischen Verteidigungsausgaben seit 2001 vervierfacht. Militärische Macht, so scheint es, wird neben wirtschaftlicher Kraft wieder als wesentlicher Pfeiler für die Wiedererlangung eines »Großmacht«-Status angesehen. Entsprechend dürfte eine für den Spätsommer erwartete russische Militärdoktrin die Stellung der Streitkräfte und des Verteidigungsministers klar stärken. Laut dem ehemaligen (bis 15. Februar 2007) Verteidigungsminister Sergej Iwanow ist beabsichtigt, bis 2015 45 Prozent der derzeit vorhandenen Waffensysteme zu erneuern. Der Schwerpunkt soll auf der Modernisierung strategischer nuklearfähiger Trägermittel liegen.

Russlands nukleares Potential – heute und in Zukunft

Insgesamt dürfte Russland derzeit über 15 000 nukleare Gefechtsköpfe verfügen. Etwa 3300 davon sind einsatzbereit und für strategische Trägermittel vorgesehen. Bis 2015 wird diese Menge wegen Veraltung der Trägerraketen deutlich kleiner werden. Dann dürften den Prognosen zufolge höchstens noch 2000 strategische Nuklearsprengköpfe einsatzfähig sein. Diese Zahl würde übereinstimmen mit den Vereinbarungen des russisch-amerikanischen Vertrags über die Begrenzung strategischer Offensivwaffen (SORT) vom Mai 2002, der eine Verringerung der nuklearen Sprengköpfe auf einen Wert zwischen 1700 und 2200 Stück vorsieht.

Anzahl russischer Sprengköpfe, 2007 und 2015

Sprengköpfe (geschätzt)	2007	2015 ^a
Land	1843	300 (ohne SS-18) bis max. 700 (mit SS-18)
See	624	ca. 600
Luft	872	ca. 700
Gesamt	3339	max. 2000

a Davon etwa 120 SS-27 mit einfach bestücktem Sprengkopf.

Es ist vor allem die Zahl der landgestützten Raketen Russlands, die sich in naher Zukunft drastisch reduzieren wird, da zahlreiche Waffensysteme aus Altersgründen ausgemustert werden müssen. Derzeit wird der russische Bestand im Westen auf etwa 500 strategische Trägerraketen der Systeme SS-18 (Satan), SS-19 (Stiletto), SS-25 (Sickle) und SS-27 (Topol-M, silogestützt und mobil) geschätzt. Prognosen für das Jahr 2015 gehen von 150 bis 200 einsatzbereiten Interkontinentalraketen aus. Diese Zahl ist abhängig von zwei Faktoren:

Zum einen könnte Russland versuchen, die Lebensdauer derjenigen Raketen der SS-18- und SS-19-Produktionsreihe zu ver-

längern, die den kürzesten Betriebszeitraum aufweisen. Ein Indiz dafür, dass dies geschieht, sind vier erfolgreiche Tests mit beiden Raketentypen im zweiten Halbjahr 2006. Bis zu 40 Raketen des Typs SS-18 könnten längstens bis 2020 genutzt werden; 30 Flugkörper vom Typ SS-19 sind möglicherweise sogar bis 2030 verwendbar, weil sie mit Hilfe von im Jahr 2003 von der Ukraine erworbenen Raketenstufen modernisiert wurden und in sehr gutem Zustand sein sollen. Da beide Systeme mehrere Sprengköpfe tragen können (SS-18: zehn, SS-19: sechs), bliebe Russland 2015 ein Maximum von 700 einsatzbereiten, bodengestützten nuklearen Gefechtsköpfen.

Zum anderen dürfte die Produktion des neuen Systems SS-27 intensiv vorangetrieben werden. Derzeit kann man von einem Bestand von 42 Raketen der silogestützten Version und drei des mobilen Typs ausgehen. Verteidigungsminister Iwanow kündigte an, dass im Jahr 2007 insgesamt 17 Exemplare beider Systemvarianten fertiggestellt werden sollen. Dies dürfte allerdings nur schwer zu realisieren sein. Denn in den zurückliegenden Jahren wurden höchstens zehn, meist jedoch nur sieben Einheiten pro Jahr produziert. Expertenschätzungen gehen von etwa 70 (in Silos befindlichen) und 50 (mobilen) SS-27 bis 2015 aus. Russland gibt an, für diese Systeme einen manövrierfähigen Gefechtskopf mit der Bezeichnung »Igla« entwickelt zu haben, der sämtliche Abwehrsysteme – auch das im Aufbau befindliche der USA – überwinden kann. Darüber hinaus kann diese Rakete mehrere Gefechtsköpfe (die Angaben schwanken von drei bis sechs) tragen und könnte so das russische Problem der drastisch geringer werdenden Zahl an Trägermitteln ausgleichen. Der START-II-Vertrag hätte landgestützte Raketen mit Mehrfachsprengköpfen verboten. Weil die Regierung Bush den ABM-Vertrag im Juni 2002 jedoch kündigte, setzte Moskau dieses Abkommen nicht in Kraft. Sollte Ende Dezember 2009 der START-I-Vertrag, der Veränderungen der Anzahl der Gefechtsköpfe an bereits existierenden

Systemen untersagt (SS-27 ist eine Weiterentwicklung der SS-25) auslaufen und nicht verlängert oder im russischen Sinn modifiziert werden, wäre der Weg zur Mehrfachbestückung der SS-27 frei.

Russland besitzt seegestützt 176 Flugkörper mit 624 Sprengköpfen. Testabschlüsse des neuen Systems Bulawa, das ebenfalls mit einem manövrierfähigen Gefechtskopf ausgerüstet werden soll, schlugen 2006 dreimal fehl. Auch die Indienstellung des ersten U-Bootes der neuen Borej-Klasse (Projekt 955) mit Namen Jurij Dolgorukij verzögert sich. Inzwischen ist der Stapellauf nach über zehn Jahren Bauzeit für April dieses Jahres avisiert. Das U-Boot könnte der Marine frühestens 2008 operativ zur Verfügung stehen. Vor diesem Hintergrund erscheint die Ankündigung des russischen Verteidigungsministers im Februar 2007, bis 2015 acht U-Boote dieser Klasse bauen zu lassen, nur schwer realisierbar. Bereits vorhandene Einheiten liegen die meiste Zeit in den Häfen. 2006 gab es lediglich fünf Patrouillenfahrten strategischer U-Boote, 2002 fanden überhaupt keine statt. Allerdings strebt Russland mit Nachdruck die Fähigkeit zur Projektion militärischer Macht an. Die Tatsache, dass Politik und Militär bis zum Jahr 2009 über die Neuaufnahme eines Flugzeugträgerprogramms entscheiden wollen, unterstreicht dieses Ziel deutlich.

Die strategische Bomberflotte verfügt über 78 Flugzeuge und soll bis 2015 auf 50 reduziert werden. Dabei ist beabsichtigt, eine neue Version der Tu-160 (Blackjack) einzuführen. Derzeit sind 872 luftgestützte strategische Sprengköpfe vorhanden.

In den nächsten 15 Jahren ist eine Zunahme der nuklearen Gefechtsköpfe um 19 Prozent (See) und eine Abnahme um 17 Prozent (Luft) zu erwarten. Darüber hinaus verfügt das russische Militär über etwa 2300 einsatzbereite, nicht-strategische nukleare Sprengköpfe.

Insgesamt steht es schlecht um die Einsatzbereitschaft der russischen Streitkräfte. Selbst die mit strategischen Waffen ausgestatteten Kräfte der Marine und der Luft-

waffe haben in den vergangenen Jahren nur äußerst begrenzte Übungstätigkeiten durchgeführt, obwohl sie ganz oben auf der Prioritätenliste stehen. Zurzeit haben maritime Patrouillenfahrten und Übungsflüge der Luftwaffe eher symbolischen Charakter. Allerdings scheint die Talsohle durchschritten zu sein. Die wirtschaftliche Erholung wirkt sich langsam aber sichtbar auch auf das Militär aus. Russland hat den Weg zur Realisierung seiner strategischen Ziele eingeschlagen, auch wenn er noch lang ist.

Schwachpunkte der russischen Polemik

Das russische Potential und die sichtbaren Entwicklungstendenzen machen deutlich, dass die Polemik Moskaus über das amerikanische Raketenabwehrsystem vorgeschoben ist. Erstens hat Russland die Modernisierung seiner strategischen Nuklearwaffen bereits eingeleitet. Präsident Putin unterstrich Ende 2006, dass nicht die Zahl der Waffen, sondern deren Qualität wichtig sei. Sein Ziel ist eindeutig: Russland soll als Großmacht wieder politisch auf Augenhöhe mit den USA stehen und den erheblichen Abstand bei den militärischen Fähigkeiten und Technologien verringern. Diese Absicht wird im derzeitigen Rüstungsprogramm konsequent verfolgt, das auch ohne das amerikanische Raketenabwehrprojekt stattfinden würde. Zweitens wird Russland auch langfristig über eine ausreichende Anzahl an Trägermitteln und Gefechtsköpfen verfügen, die die USA bedrohen können. Täuschkörper zur Überlistung von Abwehrsystemen, manövrierfähige Sprengköpfe sowie die ab 2009 gegebene Möglichkeit, die SS-27-Raketen mehrfach zu bestücken, halten Russlands Abschreckungspotential weiterhin auf einem hohen Niveau. Drittens stellen in Europa stationierte Abfangwaffen nur eine geringe Bedrohung der russischen strategischen Nuklearoptionen dar, da nur wenige der theoretischen Flugbahnen russischer Interkontinentalraketen über Eu-

ropa führen. Zudem erhöht die mobile Version der SS-27 die militärische Flexibilität Russlands und erschwert die Vorhersagbarkeit der Flugbahn ballistischer Raketen.

Die russischen Drohungen sind deshalb in einem größeren Kontext zu sehen. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz wandte sich Präsident Putin gegen den amerikanischen »Unilateralismus« und warf den USA vor, »in jedweder Hinsicht ihre nationalen Grenzen überschritten« zu haben und anderen Ländern ihre Politik »aufzwingen« zu wollen. Derartige Tendenzen zeigten sich auch in der Sicherheitspolitik. Unter Bezugnahme auf den SORT-Vertrag erklärte Putin, Russland beabsichtige, »die Verpflichtungen strikt zu erfüllen, die es übernommen« habe. Er hoffe, »dass sich unsere Partner auch transparent verhalten und davon absehen, einige Hundert überflüssige Nuklearsprengköpfe für einen regnerischen Tag aufzubewahren«. Dadurch erweckte er den Eindruck, Washington sei dabei, eine Vertragsverletzung zu begehen. Er verschwieg aber, dass die von den Trägersystemen abmontierten Sprengköpfe laut Vertrag nicht vernichtet werden müssen, sondern eingelagert werden können.

In der ebenfalls im Mai 2002 in Moskau unterzeichneten »Gemeinsamen Erklärung über neue strategische Beziehungen zwischen den USA und Russland« wurde auch das Problem strategischer Abwehrwaffen angesprochen. Vor dem Hintergrund des zum 13. Juni 2002 wirksamen Ausstiegs der USA aus dem Vertrag über ballistische Abwehrraketen (ABM-Vertrag) heißt es in der Erklärung, dass die USA und Russland »Informationen über Raketenabwehrprogramme und Raketenabwehrtests austauschen«, »gemeinsame Übungen abhalten« und auch bei der Raketenabwehrtechnologie zusammenarbeiten wollen. Dies betreffe nicht nur Fragen der strategischen, sondern auch der sogenannten »nichtstrategischen« Raketenabwehr in Europa, wozu Russland im Februar 2001 einen Vorschlag gemacht hatte. Ohne darauf Bezug zu nehmen, wurde in der Gemeinsamen Erklärung festgehalten, dass

»Russland und die USA im Rahmen des Nato-Russland-Rats praktisch zusammenarbeiten« wollen.

Im Nato-Russland-Rat (alter und neuer Prägung) sind Anstrengungen unternommen worden, dies zu verwirklichen. Deshalb kann keine Rede davon sein, dass Russland über die amerikanischen Absichten nicht informiert gewesen sei. Der russische Präsident und seine Generäle haben dies auch nicht einmal behauptet. Bereits Ende Mai 2006 hatte das Pentagon beim amerikanischen Kongress 56 Millionen US-Dollar für die Finanzierung des auf 1,6 Milliarden US-Dollar Gesamtkosten geschätzten Projekts in Ostmitteleuropa beantragt, und schon damals hatte der russische Generalstabschef Jurij Balujewskij in der *Gazeta Wyborcza* die Polen vor den Risiken einer polnischen Beteiligung gewarnt.

Der INF-Vertrag – ein »Überbleibsel des Kalten Krieges«

Obwohl die Stationierung von Teilstücken einer amerikanischen Raketenabwehr nach Ansicht Iwanows und Solowzows weder das strategische Gleichgewicht noch die russische Sicherheit beeinträchtigt, sehen beide die Gefahr eines »Wettrüstens« (Iwanow) heraufziehen, durch das Russland »gezwungen [sei], Gegenmaßnahmen zu ergreifen« (Solowzow). Diese würden, wie die russische Generalität ausführt, »asymmetrischen« Charakters sein. Eine dieser Maßnahmen, so ist aus den Aussagen hochrangiger russischer Politiker und Militärs zu schließen, könnte die Aufkündigung des 1987 mit Washington geschlossenen Vertrags über die Vernichtung atomarer Mittelstreckenraketen (INF-Vertrag) sein. Verteidigungsminister Iwanow bezeichnete den INF-Vertrag am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz als »Überbleibsel des Kalten Krieges« und schlimmsten Fehler der russischen Sicherheitspolitik. Damit solidarisierte er sich mit den Militärs, die sich nie mit Gorbatschows »Neuem Politischen Denken« abgefunden haben. General Solowzow beispielsweise bedauerte die »Verschrottung,

die Beseitigung – auch der Abschussvorrichtungen – dieses brillanten Waffensystems«. Auch Generalstabschef Jurij Balujewskij beklagte, dass »Russland leider viele einzigartige Raketensysteme dadurch verloren« habe, »dass es sich an den INF-Vertrag gehalten hat«. In einem Anflug von Enthusiasmus verkündete der Kommandeur der Rakentruppen bereits, dass es jederzeit möglich sei, Mittelstreckenraketen mit neuer Technologie zu produzieren.

Sollte Russland tatsächlich die Produktion und Dislozierung von Mittelstreckenraketen wiederaufnehmen, wäre das nicht die Reaktion auf eine von den USA oder der Nato ausgehende Initiative zum Ausbau der Raketenabwehr in Europa. Vielmehr würden Vorstellungen verwirklicht, die schon seit Jahren im russischen Verteidigungsministerium in einem anderen Zusammenhang debattiert werden – und nicht nur dort, sondern auch mit den USA. Im Rahmen von Gesprächen über den Einsatz waffentechnischer Mittel beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus haben Iwanow und sein damaliger Kollege Donald Rumsfeld bereits im Januar 2005 und im August 2006 über einen eventuellen Ausstieg aus dem INF-Vertrag diskutiert. Iwanow hatte erklärt, dass man »die theoretische Möglichkeit in Betracht ziehen sollte, Mittelstreckenraketen anzuwenden, obwohl die USA und Russland – im Gegensatz zu vielen anderen Ländern, die solche Raketen besitzen –, nicht über diese Waffen verfügen dürfen«. Diese Ansicht vertrat auch Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang 2007. Daneben gibt es Gerüchte, Russland teste, ob sich Interkontinentalraketen für mittlere Reichweiten einsetzen ließen.

Militärpräsenz der Nato in Ostmitteleuropa – eine Provokation

In Deutschland und anderen europäischen Staaten werden sowohl die in Moskau artikulierten Besorgnisse und Befürchtungen als auch die Androhung von Gegenmaßnahmen ernst genommen. Als Lösung wird an-

gebieten, das Thema der Raketenabwehr von der Ebene russisch-amerikanischer Auseinandersetzungen an die Nato zu verweisen. Im westlichen Bündnis gibt es bereits eine geheime Machbarkeitsstudie zur Raketenabwehr, die derzeit ausgewertet wird. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob Russland ein Nato-Abwehrsystem in Ostmitteleuropa einem amerikanischen vorziehen würde. Dass dies nicht der Fall ist, hat sich an Putins Verhalten in München gezeigt. In seiner bemerkenswerten Rede griff der russische Präsident nicht nur die USA an, sondern wandte sich auch scharf gegen die Nato und ihre Osterweiterung. »Neue Trennlinien« würden in Europa gezogen, neue »Mauern« aufgebaut. Wie schon sein Vorgänger Jelzin führte Putin – ungeachtet der historischen Tatsachen – westliche Selbstverpflichtungserklärungen an, denen zufolge das Bündnis nicht über die ehemaligen Grenzen der DDR hinaus erweitert werden würde. Er kehrte damit zu der traditionellen sowjetischen und bis zum Nato-Russland-Gipfel in Rom im Mai 2002 auch offiziellen russischen Sicht zurück, in der die westliche Allianz als Sicherheitsproblem für Moskau und die Nato-Erweiterung als Provokation durch den Westen betrachtet wird.

Dass die USA neben Polen und Tschechien auch den Kaukasus – vermutlich Georgien und die Ukraine – als Basis für eine Radaranlage nutzen wollen, gibt dem russischen Argument, hier werde eine Ost-»Expansion« der USA und der Nato betrieben, zusätzlichen Auftrieb.

Den Reden Putins und Iwanows in München und den Äußerungen der Militärs in Moskau ist zu entnehmen, dass die Provokation weniger im Aufbau von Systemelementen einer Raketenabwehr liegt – seien es nun amerikanische oder Nato-Systeme; als störend empfunden werden vielmehr die militärische Präsenz an sich und der Aufbau jedweder militärischen Infrastruktur der USA oder der Nato in den früheren Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts und in den Republiken der ehemaligen Sowjetunion, in einer breiten Zone

also, die sich von der Ostsee bis zum Schwarzen und Kaspischen Meer und nach Zentralasien erstreckt. Russische Politiker und Militärs wenden sich auch gegen jegliches Eindringen der Nato in die baltischen Staaten und deren Integration in die Gemeinsame Luftverteidigung der westlichen Allianz. Der heutige Generalstabschef Balujewskij, zum Zeitpunkt der Nato-Osterweiterung 2004 noch im Amt des Stellvertreters, äußerte damals dazu, er »glaube nicht, dass es im Interesse der Nato« sei, »die Situation nahe der Grenze Russlands zu verschärfen, denn wir könnten adäquate [Gegen-] Maßnahmen ergreifen.« Die Errichtung von Basen in Rumänien und Bulgarien, die die USA gemeinsam mit den Gastländern nutzen, und die Präsenz kleinerer, mobiler amerikanischer Einsatzkräfte dort ist ebenfalls Zielscheibe russischer Kritik. Auch bei dieser Dislozierung wird in Moskau nicht zwischen Nato und amerikanischen Truppen unterschieden. Die USA, so Putin in München, richteten »sogenannte flexible amerikanische Frontlinienbasen« ein, und es stelle »sich heraus, dass die Nato ihre Frontlinienkräfte an unsere Grenzen verlegt« habe.

In der russischen Wahrnehmung besteht bei der Raketenabwehr die Provokation darin, dass in einem ehemaligen Mitgliedsland des Warschauer Pakts eine auf Dauer angelegte amerikanische Militärbasis aufgebaut wird. Umgekehrt ist auch für Polen an einer derartigen Basis nicht in erster Linie deren Fähigkeit zur Abwehr von Raketen bedeutsam, sondern die damit hergestellte engere Bindung des Landes an die USA und das Gefühl größerer Sicherheit gegenüber einem Russland, das sich aus polnischer Sicht innen- wie außenpolitisch bedenklich entwickelt.

Moskau bringt das als herausfordernd betrachtete Vordringen der USA und der Nato in den Raum von der Ostsee bis zum Schwarzen und Kaspischen Meer auch mit dem »Angepassten Vertrag über konventionelle Rüstung in Europa« (AKSE) in Verbindung. So beklagte sich Putin in München darüber, dass zwar Russland das Übereinkommen

ratifiziert habe, die Nato-Staaten »aber offen erklärt« hätten, sie würden »den Vertrag inklusive der Flankenregelungen über die Dislozierung einer bestimmten Anzahl von Streitkräften nicht ratifizieren, bis Russland seine Militärbasen aus Georgien und der Moldau geschlossen habe«. Putin betonte, der Abzug aus Georgien finde jetzt aber sogar beschleunigt statt und die Truppen in der Moldau seien Friedenstruppen. Damit seien die westlichen Argumente hinfällig. In Moskau wird deshalb der Verdacht geäußert, der Westen verweigere die Ratifikation, um Nato-Truppen in denjenigen Ländern zu stationieren, die AKSE nicht unterzeichnet haben – in den baltischen Staaten und in Slowenien, die in der russischen Terminologie als rüstungskontrollpolitische »Grauzonen« bezeichnet werden. Russland hat daher schon gedroht, aus dem Vertrag auszusteigen. So stellte Verteidigungsminister Iwanow am 24. Januar 2006 fest, Russland habe bisher alle seine Verpflichtungen aus dem Abkommen erfüllt. Dies könne aber nicht ewig so weitergehen. Und am 12. Dezember 2005 warnte Außenminister Lawrow, »falls nicht Schritte unternommen werden, [den AKSE-Vertrag] in naher Zukunft zu ratifizieren, laufen wir Gefahr, das gesamte Regime konventioneller Waffenkontrolle in Europa zu verlieren«. In München unterließ Putin es zwar, einen Ausstieg aus dem AKSE-Vertrag als eine der möglichen russischen Gegenmaßnahmen zu avisieren. Der Kontext, in den seine Bemerkungen eingeordnet waren, und der Tenor seiner Rede insgesamt könnten aber einen solchen Schluss nahelegen.

Russlands Motive abseits der Rhetorik

Moskau lehnt die amerikanischen Pläne nicht ab, weil es besorgt ist, dass das russisch-amerikanische nuklearstrategische Kräfteverhältnis gestört werden könnte. Bei der Argumentation gegen den Raketenabwehrschild geht es auch nicht darum, dass die geplante Stationierung russische

Sicherheitsinteressen negativ beeinflussen könnte. Sie könnte sogar positive Auswirkungen haben, wenn man die Gefahren ernst nimmt, die von nuklear bewaffneten und mit Raketen großer Reichweite ausgestatteten Staaten wie Iran oder einem islamistischen Pakistan ausgehen. Hinter der russischen Polemik stecken vielmehr andere Interessen und Absichten:

Das erste Motiv ließe sich mit dem Motto »Angriff ist die beste Verteidigung« beschreiben. Russische Regierungsvertreter sind es offensichtlich leid, sich auf der internationalen Bühne von westlichen Kritikern laufend wegen der innenpolitischen Entwicklungen in Russland und seiner Außenpolitik Vorhaltungen machen zu lassen und sich dagegen zur Wehr setzen zu müssen. In München hat Putin geschickt und – von seiner Warte aus erfolgreich – den Ball ins andere Feld gespielt.

Ein zweiter denkbarer Beweggrund ist nicht taktischer, sondern inhaltlicher, substanzieller Natur. Russland ist bestrebt, einem weiteren Ausbau der militärischen Infrastruktur der USA und/oder der Nato in seiner Nachbarschaft einen Riegel vorzuschieben und eine tiefer greifende militärische Integration der ostmittel- und südosteuropäischen Mitglieder in das Bündnis und die Aufnahme neuer Mitglieder – wie beispielsweise Georgien und die Ukraine – zu verhindern.

Das dritte Ziel ist, auf sicherheitspolitische Entscheidungen in der Nato und in einzelnen Nato-Staaten Einfluss zu nehmen. Dazu setzt Moskau auf die unter europäischen Regierungen und in der öffentlichen Meinung weit verbreiteten Ressentiments gegen den amerikanischen »Unilateralismus« und den Vorrang militärischer Instrumente vor politischen Mitteln in der amerikanischen Außenpolitik.

Viertens braucht Russland Argumente für die bereits eingeleitete Modernisierung der nuklearstrategischen Streitkräfte, für eine eventuelle Beschleunigung des Tempos der Erneuerung und für die Aufstockung der Verteidigungsausgaben. Die starke Akzentuierung der Polemik gegen jegliche

westliche Militärpräsenz im Raum des ehemaligen Warschauer Pakts und der früheren Sowjetunion deutet aber daraufhin, dass Moskau auch nach Rechtfertigungen sucht, um die Modernisierung der konventionellen Streitkräfte voranzutreiben.

Was tun?

Wie sollten Deutschland und Europa auf diese Ziele und Absichten reagieren?

Vorrangig sollte vermieden werden, die in Moskau gegenwärtig heraufbeschworenen alarmistischen Visionen eines neuen Rüstungswettlaufs, einer Spaltung Europas und Einkreisung Russlands zu verstärken. Vielmehr sollte erkannt und vermittelt werden, dass der Aufbau einer global konzipierten amerikanischen Raketenabwehr gegen neue potentielle Bedrohungen – auch Europas – durchaus im deutschen und europäischen, aber auch im russischen Interesse ist. Dies gilt umso mehr, wenn man sich darüber einig ist, dass es nicht die beste Lösung ist, prinzipiell oder vorschnell militärische Mittel gegen nuklear bewaffnete und mit Raketen großer Reichweite ausgestattete »Problemstaaten« einzusetzen. Es passt nicht zusammen, wenn den USA einerseits militärischer Interventionismus – wie im Fall des Irak – vorgeworfen, andererseits aber der Aufbau von defensiven Alternativen zu militärischem Eingreifen be- oder verhindert wird. Es dürfte dementsprechend nicht schaden, die Fragen strategischer und nichtstrategischer Raketenabwehr im Nato-Rahmen und im Nato-Russland-Rat (weiter) zu behandeln.

Diese Konsultationen sollten aber komplementär zu bilateralen polnisch- und tschechisch-amerikanischen Problemlösungen konzipiert sein und dürften diese nicht verzögern oder lähmen. Der Schwerpunkt der Politik gegenüber Russland muss auf Integration und nicht auf Konfrontation liegen. Russland muss davon überzeugt werden, dass es Angebote zur Zusammenarbeit künftig ernster nehmen sollte als in der Vergangenheit. Den rhetorischen Schachzügen Moskaus nachzugeben, die

auf eine Schwächung der westlichen Allianz gerichtet sind, ist allerdings kontraproduktiv.

Eine andere Frage ist indes, ob es politisch sinnvoll ist, Staaten wie Georgien und die Ukraine in die Systemarchitektur einzubinden, die nicht Mitglieder der Nato sind und in denen (zumindest in der Ukraine) eine Mitgliedschaft im westlichen Bündnis umstritten ist. Darüber hinaus müssen Deutschland, Europa und die Nato auf der Grundlage einer fundierten Analyse dringend ihre Bedrohungsperzeption formulieren und über die Notwendigkeit eines Raketenabwehrschirms befinden.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2007
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364